

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium

Hauptausschuss

Sitzungsort

Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm

Datum

21.01.2016

Beginn

17:04 Uhr

Ende

18:48 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner

Philipp, Gerd E.

Philipp, Sylvia Dr.

Schier, Klaus Peter

Flüshöh, Oliver

Kampschulte, Matthias

Vertretung für Herrn Rüttershoff

Lusebrink, Hans-Otto

Müller, Michael

Schwunk, Michael

Vertretung für Herrn Stark

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Feldmann, Jürgen

Burbulla, Johanna

Huppelsberg, Wulf

Vertretung für Herrn Stutzenberger

Bockelmann, Christian Dr.

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.

Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Klos, Karlheinz

Mollenkott, Marion

Rudolph, Heike

Rüth, Christian

Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Tilly, Horst

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Rüttershoff, Heinz-Joachim
Stark, Wolfgang
Stutzenberger, Olaf

Vetretung durch Herrn Kampschulte
Vertretung durch Herrn Schwunk
Vertretung durch Herrn
Huppelsberg

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2015 und 19.11.2015
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes 2015-2021 003/2016
- 8 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Personal-/Versorgungsaufwendungen 020/2016
- 9 Zentralisierung der Verwaltung
- 9.1 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER vom 20.1.2016 024/2016
- 9.2 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 025/2016
- 10 3. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000 245/2015/3
- 11 Beratung Haushalt 2016
- 12 Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 25.11.2015 "Freies WLAN für Schwelm" 257/2015
- 13 Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk II (Schwelm-Süd) 252/2015
- 14 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Die Bürgermeisterin Frau Grollmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung trägt sie nachstehende Hinweise vor:

Hinzukommende Vorlagen:

- **Vorlage 020/2016** – „Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Personal-/Versorgungsaufwendungen“ – neu TOP A 8
- **zu TOP A 9** – „Zentralisierung der Verwaltung“ zwei neue Unterpunkte mit den Vorlagen
 1. **VL 024/2016** - Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER vom 20.1.2016 - neu TOP A 9.1 und
 2. **VL 025/2016** - Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 - neu TOP A 9.2
- **Vorlage 245/2015/3** – „3. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000“ - neu TOP A 10
- **VL 018/2016** zu dem bestehenden nichtöffentlichen TOP 3.1 – „Vertragsangelegenheiten“

Herr Feldmann erklärt, dass sich die Fraktion DIE LINKE. dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER zur Zentralisierung der Verwaltung anschließe.

Anschließend bittet die Bürgermeisterin um Abstimmung über die vorgeschlagene Ergänzung / Änderung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2015 und 19.11.2015

Frau Grollmann erkundigt sich, ob eine getrennte Abstimmung über die Genehmigung der beiden Niederschriften gewünscht werde. Nachdem dies nicht der Fall ist, bittet sie um Abstimmung über die Genehmigung der Niederschriften vom 29.10.2015 und 19.11.2015.

Die Niederschriften werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen

keine

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

7 Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes 2015-2021 003/2016

Eine Verständnisfrage des Herr Philipp zur Anlage 1 – Punkt 2 – letzter Satz wird von der Bürgermeisterin beantwortet.

Anschließend erkundigt sich Herrn Philipp unter Bezugnahme auf Punkt 3 der Anlage 1 – „Stellenbesetzungspraxis“, ob sich die Aussage, dass neu zu schaffende Stellen außerhalb des laufenden Stellenplanes dem Hauptausschuss zeitnah zur Kenntnis gegeben werden, auf die Planung beziehe.

Frau Heringhaus erläutert, dass – wenn es im Laufe des Jahres Bedarfe gebe – diese dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben werde.

Zu Punkt 4 der Anlage 1 bittet Herr Philipp um Erläuterung, wie die dortige Aussage, Erfahrungswissen langjähriger Mitarbeiter/innen auf die nächste Generation der Beschäftigten zu übergeben, gestaltet werden solle.

Zu dieser Frage führt Frau Heringhaus aus, dass es verschiedene Möglichkeiten gebe, Wissen zu erhalten und sie zu diesem Thema auch bereits mit der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gesprochen habe. Eine Möglichkeit sei z.B. der

Aufbau einer Wissensdatenbank, eine andere Möglichkeit in Einzelfällen der Zeitraum einer Doppelbesetzung zur Wissensvermittlung.

Herr Philipp bezieht sich sodann auf die Ausführungen unter Punkt 4 der Anlage 1 hinsichtlich der Personen, die in den Ruhestand gehen. Diese seien vorher bekannt. Ab 2016 aber sollen auch andere Fälle aufgenommen werden, um die Verlässlichkeit der Planung zu verbessern.

Frau Heringhaus erklärt zu dieser Fragestellung, dass in der Vergangenheit nur die Fälle aufgelistet worden seien, bei denen das Ausscheiden sicher festgestanden habe. Nach Rücksprache mit der GPA würden zukünftig aber auch die Fluktuationen aus anderen Gründen als sogenannte „Diverse“ statistisch erfasst. Dies werde ab der nächsten Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes geschehen.

Herr Philipp bezieht sich auf Ausführungen in einem der vorangegangenen Hauptausschusssitzungen, in der erläutert worden sei, dass umgestellt werde, zunächst alle Aufzeichnungen auf den Stand gesetzt werden, wie er sein sollte und dann auf die realen Verhältnisse heruntergesetzt werde. Hierzu wurde ausgesagt, dass die Bezirksregierung Arnsberg dies nicht hinnehme, woraufhin der sich erkundigt habe, ob es nicht einen anderen möglichen Weg gebe.

Frau Heringhaus erläutert, dass es in der Vergangenheit problematisch gewesen sei, im Zusammenhang mit der HSP-Maßnahme die Einsparungen durch Stellenabbau darzustellen. Um diese Konsolidierung genau dokumentieren zu können, seien diese wegfallenden Stellen zunächst in den Stellenplan und in die Personalkostenplanung aufgenommen worden.

Da die HSP-Maßnahme 18 jedoch nicht mehr existent sei, mussten diese Stellen wieder herausgenommen und die Personalkosten entsprechend reduziert werden

Herr Schwunk erklärt, dass er die Anlage 1 a für gut und nachvollziehbar empfunden habe. Er habe in der Vergangenheit immer kritisiert, dass nicht dargestellt worden war, welche Maßnahmen sich anschließen. Weiterer Personalabbau werde mit Leistungseinschränkungen einhergehen. Dies könne durchaus auch so dargestellt werden.

Kenntnisnahme festgestellt

8 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 020/2016 für die Zahlung von Personal-/Versorgungsaufwendungen

Herr Kick bittet um Erläuterung, warum die überplanmäßigen Mittel von über 150.000 € nicht aus dem Bereich der Personalkosten sondern dem der Gewerbesteuer gedeckt werden.

Frau Heringhaus erinnert an die vielfachen Diskussionen zu den Controllingberichten. Der Personalaufwand weise in Summe eine Finanzierungslücke von rd. 200.000 € auf, die sich zum 31.12.2015 bis auf 156.000 € reduziert habe. Dieser Betrag stelle nun ein Fehlbetrag im gesamten Deckungskreis dar. Im Hause wurde daraufhin in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzen nach einer Lösung

gesucht und die Buchungsstelle „Umlage Gewerbesteuer“ zur Deckung ausgewählt worden.

Herr Kick erkundigt sich, ob dies bedeute, dass das Einsparziel nicht erreicht worden sei und keine Ausgleichsmöglichkeit aus dem Bereich der Personalkosten möglich gewesen sei, sodass auf die Gewerbesteuer zurückgegriffen werden musste.

Herr Flüshöh ergänzt, dass es an dieser Stelle nicht darum gegangen sei, die Personalkosten in irgendeiner pauschalen Art und Weise zu reduzieren. Es sei ein Abfindungsbudget eingerichtet und dementsprechend eine Reduzierung des Personalaufwandes vorgenommen worden. Buchungstechnisch sei der Betrag an der Versorgung „angedockt“ worden.

Frau Dr. Hortolani hinterfragt, warum in der Anlage bei den Ehrenamtlichen in 2015 im Ansatz ein Betrag von 0 € ausgewiesen sei.

Frau Heringhaus erläutert, dass dies die Aufwendungen der ehrenamtlichen Feuerwehr betreffe, die im Ansatz unter Buchungsstelle 01.01.11 und als Ausgaben bei Buchungsstelle 02.01.08 geführt worden seien. Es erwecke den Anschein, dass diese Ausgabe nie geplant gewesen sei, was aber nicht der Fall sei. Die Etatisierung müsse für 2016 noch korrigiert werden.

Beschluss:

Im Deckungskreis Personal- und Versorgungsaufwendungen werden bei der Buchungsstelle 01.01.15 512 100 überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen in Höhe von 156.268,71 € für das Haushaltsjahr 2015 bewilligt.

Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/Auszahlungen bei der Buchungsstelle 16.01.01 543100 Gewerbesteuerumlage gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

9 Zentralisierung der Verwaltung

9.1 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE BÜRGER vom 20.1.2016 024/2016

Herr Philipp erklärt, dass er an die im Ältestenrat geführten Gespräche anknüpfe. Es bestand Hoffnung auf Einigung, die sich jedoch zerschlagen habe. Dementsprechend gebe es nun zwei verschiedene Anträge.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	

Der Antrag ist abgelehnt.

9.2 Zentralisierung der Verwaltung - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, FDP und SWG/BfS vom 20.01.2016 025/2016

Herr Flühshöh trägt ergänzend zu den Ausführungen des Herrn Philipp vor, dass er sich für die geführten Gespräche bedanke, die zwar konstruktiv gewesen seien, aber nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis geführt haben, da die Positionen zu weit auseinander liegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

Der Antrag ist angenommen.

10 3. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000 245/2015/3

Herr Schier stellt eine Verständnisfrage zu § 9 der Satzung. Sowohl in der vorgeschlagenen Satzung als auch in der Gegenüberstellung fehlen die Angaben zu den Punkten 1, 2, 5 oder 7. Daher könne er nicht nachvollziehen, was genau gestrichen worden sei. Gleiches gelte für andere Punkte der Satzung, an denen der Vermerk „unverändert“ stehe.

Frau Mollenkott erläutert, dass in die Gegenüberstellung lediglich aufgenommen worden sei, was sich geändert habe, sie aber bis zur Ratssitzung anbiete Komplettausfertigungen zuzuleiten.

Frau Grollmann verweist auf die bereits im Finanzausschuss erfolgten Ausführungen, die Frau Dr. Hortolani Herrn Schier sicher erläutern könne.

Frau Dr. Hortolani erklärt, dass ihr alles verständlich sei, sie aber festgestellt habe, dass in der Vorlage eine Änderung als Vorschlag des Herrn Kirschner dargestellt werde, die eigentlich ein Vorschlag der Verwaltung gewesen sei.

Herr Schweinsberg räumt ein, dass man dies so interpretieren könne. Es handle sich hier um eine reine Beschlussvorlage der Verwaltung und da es hierzu keinen Antrag gebe, um einen reinen Verwaltungsvorschlag.

Herr Gießwein bringt in Erinnerung, dass man sich darauf verständigt habe, an dieser Stelle keine Fachdiskussionen mehr zu führen. Es sei alles in der Ausgangsvorlage 245/2015 nachlesbar.

Herr Feldmann wendet ein, dass – auch wenn hier keine Fachberatung mehr stattfinde – er sagen werde, was er zu sagen habe.

Beschluss:

Der Erlass des 3. Nachtrages zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15. Dezember 2000 wird entsprechend dem der Ergänzungsvorlage der Verwaltung – Nr. 245/2015/3 beigefügten Entwurf (Anlage 1) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	5

11 Beratung Haushalt 2016

Herr Schweinsberg teilt mit, dass er die Einbringung der Haushaltssatzung bis nach der Beschlussfassung über die Zentralisierung zurückzustellen werde.

Die Ergebnisse aus heutiger Beschlussfassung über die zur Zentralisierung eingegangenen Fraktionsanträge werde er in eine 3. Änderungsliste einarbeiten und nachreichen.

12 Interfraktioneller Antrag der CDU, B'90/Die Grünen, FDP und SWG/BfS vom 25.11.2015 "Freies WLAN für Schwelm" 257/2015

Herr Flüshöh erklärt, dass er die Einrichtung eines freien WLANs in der Innenstadt begrüße und es gut fände, wenn sich dieses auch in den übrigen Stadtteilen realisieren ließe. Er schlage vor, bürgerschaftliche Aktivitäten des Freifunk zu nutzen. Insgesamt freue er sich, dass die Angelegenheit auf dem Weg sei und hoffentlich zügig umgesetzt werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die bürgerschaftlichen Aktivitäten zum Ausbau eines Freifunknetzes in Schwelm zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

13 Ersatzwahl für die Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk II (Schwelm-Süd) 252/2015

Beschluss:

Frau Cornelia Eggert, Dahlhausen 48 b, 58332 Schwelm (postalische Anschrift: Dahlhausen 48 b, 42399 Wuppertal), wird vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung des Bundes Deutscher Schiedspersonen als Nachfolgerin für Herrn Karl-Heinrich Däumer zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk II gewählt. Die Vertretungsregelung richtet sich nach dem Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 22.06.2006.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

14 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Frau Sartor knüpft an die Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt 13 an und bittet, Frau Eggert bei entsprechender Gelegenheit den Dank des Hauses und der Bevölkerung auszusprechen.

Frau Grollmann sichert zu, dies gerne tun zu wollen. Vielleicht ergebe sich die Möglichkeit, dass sich Frau Eggert den Ratsmitgliedern einmal vorstelle.

Herr Feldmann ergänzt, dass auch den ausgeschiedenen Schiedspersonen gedankt werden sollte.

Herr Schweinsberg erklärt, dass er an der Verabschiedung des ausgeschiedenen Schiedsmannes teilgenommen und den Dank übermittelt habe.

Sitzungsunterbrechung 17:44 – 17:58 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 10 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 22.01.2016	Schriftführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--